

## ***Landtagsrede zur Einführung von Studiengebühren***

„Die CDU-Landesregierung wird heute in Dritter Lesung das Gesetz über die Einführung von Studiengebühren beschließen. Es wird ein Gesetz sein, das unsere Hochschullandschaft verändern will, es wird ein Gesetz sein, das bildungsferne Schichten ausgrenzt, es wird ein Gesetz sein, das dem Bildungsstandort Hessen schadet.“

(Es gilt das gesprochene Wort)

"Gerade in den letzten Tagen ist nochmals deutlich geworden, wo die Reise hingeht: Die Diskussion von Uni-Präsident Steinberg kommt doch nicht von ungefähr. Er hat laut darüber nachgedacht, dass die Frankfurter Universität auch anders organisiert werden könnte. Es klingt wie der Traum vom Elfenbeinturm ohne störende Debatten mit Staat oder Gesellschaft. Eilig sprang Minister Corts ihm zur Seite und signalisierte Zustimmung. Selbst Privatisierung hat er im 1. Kommentar nicht ausgeschlossen. Die Position der SPD ist auch hier sehr klar. Wir stehen für Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung. Wenn Herr Präsident Steinberg mehr Geld für die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität von Ehemaligen und Unternehmen einwerben will, dann ist das gut so.

Aber es gibt Grenzen, die durch die Verantwortung der

Hochschule für das Bildungssystem in Deutschland gezogen werden. Sie kann nicht nur auf Image und Exzellenzprojekte setzen. Sie hat für ein vielfältiges Studienangebot zu sorgen. Und sie muss sich auch um die Studierenden kümmern, die weder reich noch unglaublich talentiert sind. Das ist sie einer demokratischen Gesellschaft schuldig. Das ist doch der Zusammenhang, in den auch dieses Gesetz über Studiengebühren eingeordnet werden muss. Während die imagerächtigen Dinge sicher auch Geldgeber finden können, muss der Alltag finanziert werden, muss der freie Zugang zum Studium gewährleistet werden.

Aus Frankfurt kam ja schon mal der Anstoß für gestaffelte Studiengebühren. Heißt das dann Studiengebühren nach Nachfrage? Hohe Nachfrage, hohe Studiengebühren. Niedrige Nachfrage, Abschaffung der Studiengänge.

Das ist nicht mal mehr soziale Marktwirtschaft, das ist reine Verwertbarkeit statt umfassende Bildung. Sie müssen wissen, dass Sie heute die Tür öffnen auch für solche Entwicklungen. Diese Denke, diese Logik schadet dem Bildungsstandort Hessen und sollte das alles Wirklichkeit werden, droht Schlimmes für unser Land. Sie ignorieren ja gern Studien, die nicht in Ihr ideologisches Konzept passen: Aber vielleicht sollten Sie doch auf die kürzlich vorgelegten OECD Studien „education at the glance“ die auf die Bildungsfeindlichkeit ihrer Studiengebühren ernst nehmen. Sie stellen fest:

In Deutschland lag die Steigerung der Anzahl der Studierenden

zwischen 1995 und 2004 bei 8%. Im OECD Durchschnitt bei 49%. Die Aufwendungen für Bildung liegen mit 5,3% ein gutes halbes Prozent unter den OECD Durchschnitt – was sehr viele ist. Im Studium, liegen die Aufwendungen ohne Forschung deutlich unter dem OECD Durchschnitt. Die zitierte Studie hat ergeben, dass der langfristige Effekt eines zusätzlichen Bildungsjahres auf die gesamtwirtschaftliche Produktion einen Effekt von 5-6% bedeutet.

Jetzt sagen Sie, dass es besser für ein Land ist, weniger und dafür besser ausgebildete Studierende zu haben – so genannte Eliten. Das ist Ihre Ideologie: Sie wollen Selektionseliten, keine Exzellenzen die durch Qualität entstehen. Im Kern kommt die Studie in der Bewertung von allgemeinen Studiengebühren zu dem Schluss, dass zusätzliche Hürden für die Schichten aufbauen, die ohnehin eine sehr geringe Bildungsbeteiligung haben. Und Sie können mir abnehmen, dass ich weiß, wovon ich spreche. Ich konnte meine Eltern leider nicht davon überzeugen, dass ich studieren durfte und habe wie viele einen Umweg gemacht.

Ohne den Bildungsaufbruch der hessischen SPD hätten viele Kinder aus diesem Milieu nicht den Mut gefasst, ein Studium zu beginnen. Für mich und meinesgleichen, für Menschen deren Familien jede Mark umdrehen mussten ging damals ein Signal durch das Land. Es war das Signal des Aufbruchs in eine Bildungsgesellschaft, die politische Botschaft nicht nur erwünscht zu sein, sondern gebraucht zu werden.

Aber Sie Herr Koch wollen einen neuen Keil der sozialen Ungerechtigkeit in die Gesellschaft treiben und das lassen wir ihnen nicht durchgehen. Wir brauchen ein Signal an die Menschen in unserem Land, das ihnen sagt: Macht alle mit, ob bildungsfern oder bildungsnah, ob arm oder reich. Wir, die Politik, sorgen dafür, dass Ihr alle eine Chance habt, dass nicht der Geldbeutel eurer Eltern darüber entscheidet, ob Ihr studieren könnt oder nicht.

Ich will noch zwei Punkte aus Ihrem Argumentationskanon aufgreifen: Gestern hörte ich von einem CDU-Abgeordneten, dass wir ja gezwungen seien, Studiengebühren einzuführen, weil alle Länder um uns herum das tun würden. Da frage ich doch erstmal: seit wann ist der Hessische Ministerpräsident so kleinmütig. Seit wann kümmern ihn die anderen Länder. Immer hat er eine eigene Hessische Linie gefahren, ob das bei Wisconsin works war, beim Einbürgerungstest oder bei der Eliteförderung, um auch ein Beispiel aus dem Hochschulbereich zu nehmen. Und jetzt plötzlich müssen die anderen Länder herhalten.

Aber Herr Ministerpräsident, wenn Sie dann wollen, mache ich Ihnen einen Vorschlag, wie Sie das Profil des Landes Hessen schärfen könnten: Verzichten Sie auf Studiengebühren, erklären Sie, dass Ihnen die Hochschulbildung so viel Steuergeld wert ist, aus den Steuermehreinnahmen. Geben Sie den Hochschulen die 4,5 % mehr die einmal im ersten Entwurf des Hochschulpaktes standen, das sind 50 Mio € und verzichten Sie auf Studiengebühren. Das wäre ein

interessantes Alleinstellungsmerkmal.

Und wie verhindern Sie, dass nicht die Studierenden anderer Länder nach Hessen strömen: mit einem Ausgleichsfonds zwischen den Ländern. Die, die mehr Ausbilden als sie Landeskinder ausbilden müssten, bekommen Geld, die, die weniger ausbilden als sie Landeskinder haben, zahlen. Die Studiengebühren anderer Länder werden natürlich einbezogen. Das wäre gerecht und möglich. Beauftragen sie doch ihren Wissenschaftsminister das mit seinem Kollegen aus Rheinland Pfalz mal zu verhandeln und sie können das dann mit Herrn Beck verkünden.

Es gäbe noch viele Möglichkeiten - anders, sozial gerechter und sinnvoller zu organisieren, wenn es den politischen Willen gäbe. Sie wollen es nicht und deshalb sage ich zum Abschluss, dass die heutige Debatte – so sehr Sie sich das auch wünschen – nicht der Abschluss sein wird. Die SPD-Landtagsfraktion wird gemeinsam mit Bündnis 90/ Die Grünen gegen das Gesetz vor dem Hessischen Staatsgerichtshof klagen. Wir wissen, dass eine Klage aus vielfältigen Gründen gute Aussichten auf Erfolg haben wird.

Zum Schluss stelle ich klar, wir werden in den ersten 100 Tagen unserer Regierung dieses Gesetz wieder zurücknehmen, weil wir uns zu Chancengleichheit in der Bildung bekennen. Wir wollen keine Auslese sondern Gerechtigkeit in der Bildung.